

Betriebsrats - Info

Firma Wilhelm Karmann GmbH Osnabrück | Ausgabe Nr.9 | 27. Juni 2006

Aufsichtsrat beschließt:

Niedriglohnstandort für Verdecke

Die Gesellschaftervertreter haben es sich als Vertreter des Karmann-Kapitals im Aufsichtsrat zweifellos nicht leicht gemacht. Doch am Ende beschlossen sie - unter dem Eindruck eines von ihnen so gesehenen „unent-rinnbaren Sachzwangs“ - grünes Licht für einen Standort in Polen.

Gegen die Stimmen der Arbeitnehmerbank...

...und mit knapper Mehrheit kam diese Entscheidung zustande. Sie gilt für zwei Projekte eines bekannten Auftraggebers.

Ein drittes Projekt war in den bisherigen Gesprächen mit dem Betriebsrat ebenfalls für Polen vorgesehen. Der Ort seiner Produktion ist nun zuerst einmal offen.

Der Aufsichtsrat könnte darüber frühestens im November entscheiden. Denkbar wäre aber auch eine Sondersitzung, wenn eine Entscheidung früher fallen müsste.

Standortsicherung für Osnabrück bleibt auf Tagesordnung

Die Arbeitnehmerbank hat dazu der Arbeitgeberseite deutlich gemacht: Einem Standort- und Kosten-Mix Osnabrück/Polen kann die Arbeitnehmer-Vertretung nur dann näher treten, wenn die Geschäftsführung zumindest diesen Auftrag für den Standort hinter der Schellenbergbrücke zusichert. Nur dann wäre die Arbeitnehmerseite bereit gewesen, über eine Zustimmung „in letzter Sekunde“ zum Aufbau eines polnischen Standortes in einer definierten Rollenverteilung zwischen Osnabrück und Polen nachzudenken. Dazu war die Geschäftsführung nicht bereit. Sie vermied bis zuletzt in arroganter und die Prinzipien echter Mitbestimmung verletzender Art und Weise wirkliche Verhandlungen und verweigerte die Dokumente zur Kostendifferenz zwischen Osnabrück und Polen.

Daran scheiterte eine gemeinsame Haltung der Betriebsparteien vor allem gegenüber unseren Auftraggebern, welche dem Geschäftsmodell Karmann bestimmt gut getan hätte.

Deutlich wurde in der Aufsichtsratssitzung auch: Der Aufsichtsrat nähert sich seiner eigentlichen Aufgabe – „Aufsichtsrat“ kommt von „Aufsicht führen“ über die Geschäfte von Karmann.

Es ist bemerkenswert, dass der Aufbau Polen jetzt „nur“ mit 2 und nicht mit den ursprünglichen 3 Projekten vorgesehen ist. Genau hier werden Betriebsrat und Arbeitnehmerseite im Aufsichtsrat ansetzen, um dem Osnabrücker Standort eine Perspektive zu verschaffen.

Garantien für Verdeckbau

Die Geschäftsführung behauptet: In Polen werden nur „zusätzliche Geschäfte“ abgewickelt. Wir nehmen sie beim Wort - wir wollen ein Beschäftigungssicherungskonzept für Osnabrück.

Ansätze für ein solches Konzept – mittlerweile konkreter gefasst als zur Zeit der Aktion vor dem Arbeitsamt am 09.05. – entwickelt der BR zur Zeit und wird diese weiter konkretisieren. Wir fühlen uns auch inspiriert durch die Stimmung in der Sitzung des Aufsichtsrats und werden bald unterstützt durch eine externe Beratung. Wir wollen Bestandsgarantien – durch Aufträge und Projekte. RHT („Retractable Hard Top“) als Stichwort reicht nicht – zumal auch noch keines als Projekt in Sicht ist.

Bisher hat die Geschäftsführung gemauert, verschleppt und sich aufs hohe Ross gesetzt. Die 5 Wochen Zeit seit der letzten Aufsichtsratssitzung am 11. Mai hat sie nicht genutzt. Dafür haben die Arbeitnehmer-Vertreter sie in der Aufsichtsrats-Sitzung massiv kritisiert.

„Raubtiere“ – mitten unter uns?

In der Belegschaft wächst die Wut. Vor allem dort, wo besonders große Perspektivlosigkeit und Zukunftsangst herrscht, wird vermutet: Das alles läuft bei Karmann jetzt auf Abzocke hinaus, auf „noch mehr Profit“ und auf schnelle Mark bzw. Euro.

„Raubtierkapitalismus“ - das trifft auf den Zustand auch der deutschen Gesellschaft im allgemeinen immer mehr zu. So sind die Wirkungsgesetze dieser



Gesellschaftsordnung. Und das besonders seit ca. 10 Jahren, seitdem sich entscheidende Kapitalfraktionen vom Modell des sogenannten „Rheinischen“ Kapitalismus, dem eher sozialorientierten Modell im Westdeutschland der Nachkriegszeit, verabschieden.

Das Karmann-Kapital ist großes mittelständisches Kapital, das in eine Krise geraten ist, aber für neue Lösungen mit sozialer Verantwortung zumindest offen ist. Es steht allerdings unter einem hohen Druck – nämlich dem Druck von immer schlechter werdenden Preisen, die unsere Auftraggeber uns anbieten. Das ist im Übrigen ein zerstörerisches Herangehen an die gesamte Zulieferindustrie, nicht nur an Karmann.

Karmann-Gesellschafter sind keine „Heuschrecken“. Den Produktionsstandort Verdeck mit heute 250 Mitarbeitern würden sie nicht aus „Jux und Dollerei“ oder aus einem abenteuerlichen Profitinteresse aufgeben. Sie fühlen sich schon der Region Osnabrück verbunden – aber Gewinne wollen sie auch machen, und die sehen sie ab dem kommenden Bilanzjahr 2006 nicht mehr in der GmbH. Und es heißt deshalb für sie: durchhalten...

Es gibt Chancen...

Dennoch haben wir Arbeitnehmer-Vertreter aus dieser Sitzung mitgenommen: Es gibt eine echte Chance für den Erhalt des Produktionsstandortes hinter der Schellenbergbrücke. Die Forderung der Arbeits-

nehmervertreter nach einem Konzept zum Erhalt des Industriekerns fand Rückhalt auch bei Vertretern der Gesellschafter. Nur Entwicklung ohne eigene Produktion im Rücken – das stößt nicht nur bei Betriebsrat und Arbeitnehmerbank im Aufsichtsrat auf Bedenken.

Der Betriebsrat wird einem Interessenausgleich für den Fahrzeugbau und einem wie auch immer aussehenden „Schlankheitsprogramm“ im Gemeinkostenbereich nicht zustimmen ohne Garantien für den



Verdeckbau. Von vagen Versprechungen kann die Belegschaft nicht leben – darin hat uns die Aufsichtsratssitzung bestärkt und uns gleichzeitig trotz der Verlagerungsentscheidung gewisse Hoffnung gegeben, dass wir etwas hinbekommen.

Also: kein Grund für überzogene Erwartungen – aber auch wieder kein Grund für Resignation.

Stehen wir bei Karmann vor einem Durchsetzungskampf?

Nicht wenige Kollegen verlangen von uns den Startschuß dafür – „wir haben nichts mehr zu verlieren...“, hört man aus vielen Ecken der Firma.

Das aber stimmt so nicht. Wir haben noch eine ganze Menge zu verlieren. Wir wollen aber nicht verlieren, wir wollen gewinnen, was in dieser schweren Zeit nur eben zu gewinnen ist.

Umgekehrt sagen weder Betriebsrat noch Vertrauenskörperleitung: Es darf bzw. wird nie und nimmer zu echten Durchsetzungsaktionen kommen. Das wollen, können und werden wir auch der Geschäftsführung nicht versprechen.

Aber wenn wir diesen Punkt einmal erreichen sollten, muss das alles auch geplant und auf die vom Betriebsrat erarbeiteten Sozialforderungen für die Verhandlungen orientiert sein:

- Reduzierung der Entlassungen im Fahrzeugbau;
- Andere Orientierung im sogenannten „fit-for-future“-Programm vor allem in indirekten und Angestellten-Bereichen;
- Erhalt des Produktionsstandortes Verdeck;
- Soziale Abfederung unvermeidbarer Entlassungen.

Sollte also das Klima bei Karmann wirklich „rauer“ werden (NOZ, 21.06.2006), dann werden wir gemeinsam mit der IG Metall entscheiden, ob wir diesen Konflikt

als Kampf um einen Sozialtarifvertrag mit Urabstimmung und allen Konsequenzen führen.

Das alles hängt vom weiteren Verlauf der Gespräche ab. Dabei muss es immer eine verabredete Beziehung zwischen der „diplomatischen“ Verhandlungs-Ebene und dem Druck von unten geben.

Ganz wichtig ist dabei: Die Belegschaft muss zusammenbleiben, sie darf sich nicht in vorwärts stürmende und sich abwendende Teile auseinanderdividieren lassen.

Bei allen Aktionen werden die Vertretungsorgane auch mögliche Reaktionen unserer Auftraggeber mit einbeziehen. Denn Karmann hängt an einer heute noch intakten Nabelschnur!

Das hat **nichts** mit Rücksichtnahme auf Kapitalinteressen zu tun – aber **alles** mit Rücksichtnahme auf die Belegschaftsinteressen im Sinne eines intakt zu haltenden Geschäftsmodells Karmann.

Karmann steht nach wie vor für gediegene und besondere automobile Lösungen zur Verfügung.

Wir wollen nicht, das es irgendwelche lachenden Dritten im so mörderisch gewordenen Konkurrenzkampf unseres Wirtschaftssystems gibt.

Karmann muss der Kern der Automobilzuliefererregion Osnabrück Stadt und Land bleiben

(Fast) ein Krimi: Azubiübernahme Sommer 2006

„Auszubildende werden im Grundsatz nach bestandener Abschlussprüfung für mindestens zwölf Monate in ein Arbeitsverhältnis übernommen (...), soweit dem nicht personenbedingte Gründe entgegenstehen...“

Ausnahme: „Mit Zustimmung des Betriebsrates kann von der Verpflichtung gemäß Ziff. 1 abgewichen werden, wenn das Angebot eines Arbeitsverhältnisses wegen akuter Beschäftigungsprobleme im Betrieb nicht möglich ist oder der Betrieb über seinen Bedarf hinaus Ausbildungsverträge abgeschlossen hat. Verweigert der Betriebsrat seine Zustimmung, so entscheidet die tarifliche Schlichtungsstelle... Sie soll innerhalb einer Woche nach ihrer Anrufung eine Entscheidung fällen.“ So steht es im „Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung für die Arbeitnehmer in der Metall- und Elektroindustrie im Bereich Osnabrück Emsland“.

Donnerstag, 6.4.2006: Karmann beantragt die Zustimmung des Betriebsrates zur Nichtübernahme „aufgrund der bestehenden akuten Beschäftigungsprobleme im Unternehmen“. Der Betriebsrat sieht, trotz der unbestreitbaren Beschäftigungsprobleme, zumindest für einige Monate und in einigen Bereichen Möglichkeiten der Weiterbeschäftigung.

Im Rahmen der Sozialauswahl bei den bevorstehenden Entlassungen würdendann auch diese Jungfachaarbeiter ihren (befristeten) Arbeitsplatz verlieren. Insofern konnten wir die Aussage des Personalwesens nicht nachvollziehen, „dass jede Stelle, die durch einen ausgebildeten Auszubildenden besetzt wird, bei den durchzuführenden Personalmaßnahmen den Verlust eines Stammarbeitsplatzes bedeuten kann.“

Wir wollten auch für die Auslernenden zumindest noch einige Monate die Möglichkeit zum Geldverdienen, vor allem aber zum Sammeln von Berufserfahrung. Darüber wollten wir in Gespräche eintreten – doch ernsthafte Verhandlungen fanden nicht statt. Nach einigem Schriftverkehr hat der Betriebsrat darum die Zustimmung nicht erteilt.

Freitag, 9.06.06: Das Personalwesen kündigt allen 20 Auslernenden an, sie müssten mit der Nichtübernahme rechnen. Die Zustimmung dazu hat der Betriebsrat weiterhin nicht erteilt

Montag und Dienstagmorgen (13.06) haben Jugend- und Auszubildendenvertretung und Betriebsrat noch die Einschätzung, dass eine Klage der am Donnerstag zuerst auslernenden Konstruktionsmechaniker auf Übernahme nach dem „Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung“ noch eine Chance hat.

Dienstag, 13.06.06 mittags: Die Personalabteilung ruft über den Arbeitgeberverband die tarifliche Schlichtungsstelle an, um die nicht erteilte Zustimmung des Betriebsrat zu ersetzen. Schlichtungstermin soll der 19.06.06 sein. Damit ist eine neue Situation entstanden.

Mittwoch, 14.06.06: Der Betriebsrat weist nochmals auf - zumindest kurzfristige - Beschäftigungsmöglichkeiten in Abteilungen mit hohem Überstundenvolumen oder Leiharbeitern hin. Alternativ bietet er an, eine Zustimmung zur Nichtübernahme zu erteilen,

wenn im Gegenzug die Ausbildungszahlen auf das Durchschnittsniveau der letzten Jahre erhöht werden (75 Azubis - Ausbildung über Bedarf) statt der bisher eingestellten 59 Azubis für September 2006.

Donnerstag, 15.06.2006 nachmittags: Das Personalwesen signalisiert Entgegenkommen und bietet eine 3 monatige Übernahme für alle an! Alle 20 sollen einen befristeten Vertrag bis zum 30.09.06 unterschreiben, allerdings: auch die 3 Jugendvertreter. Diese sollen damit darauf verzichten, auf eine unbefristete Übernahme nach § 78a BetriebsVerfassungsgesetz klagen zu können. Eigentlich ein unsittlicher Antrag des Personalwesens...

Die Erfolgchancen einer solchen Klage wären allerdings auch sehr unsicher, wenn alle anderen Azubis nicht übernommen würden (als Folge eines möglichen Schlichterspruchs).

Freitag, 16.06.2006 morgens: Dem Betriebsrat liegt ein Antrag vor auf Zustimmung zur 3monatigen Übernahme für alle 20 Azubis. Der Betriebsrat stimmt diesem Antrag nach nochmaliger Einschätzung und Beratung aller Gesichtspunkte zu.

10:00 Uhr: Beratung und Information aller 20 Azubis durch Jugend- und Auszubildendenvertretung und Betriebsrat.

11:15 Uhr: Alle 20 Azubis werden von Herrn Hellmann und seinen Mitarbeitern noch einmal informiert und aufgefordert, die befristeten Verträge bis Mittags zu unterschreiben.

(Fast) alle Betroffenen unterschreiben. Die Schlichtung findet nicht statt.

Fazit: Unterm Strich ein, wenn auch kleiner, Erfolg für eine der schwächsten Arbeitnehmergruppen. Dieses Ergebnis hätte nicht erreicht werden können

- ohne die IG Metall und den von ihr durchgesetzten Tarifvertrag zur Beschäftigungssicherung und
- ohne die Bereitschaft (fast) aller betroffenen Jugendvertreter, für den „Spatz in der Hand“ (drei Monate Übernahme) auf die „Taube auf dem Dach“ (Klage auf unbefristete Übernahme) zu verzichten.

„Wenn du geschwiegen hättest ...

... wärest du Philosoph geblieben“ (alte lateinische Weisheit)

Wir wollten Hans-Jürgen Fip so gerne als rundum Weisen aus dem Abendlande in die oberbürgermeisterfreie Zeit danach verabschieden. Das klappt jetzt nicht mehr ganz: Seine Stellungnahme in der Neuen OZ vom 22.06.2006 provoziert zu heftigem Widerspruch.

Wir sind weit davon entfernt, einem wichtigen Repräsentanten der Region einen Maulkorb verpassen zu wollen – aber bevor jemand neunmalkluger Rundum-Schelte verteilt, sollte er wissen, wovon er redet.

Schon nach dem Interessenausgleich für den Betriebsmittelbau gefiel sich der OB darin,

Gewerkschaften sollen es plötzlich in der Hand haben, ob nach Polen verlagert wird oder nicht???

Aber „durch die Brust aufs Auge“ und durch Mobilisierung der Öffentlichkeit gelang es uns für den Betriebsmittelbau so wie jetzt im Aufsichtsrat für den Verdeckbau, uns in diese mitbestimmungsfreie Zone hineinzudrängen. Mit neunmalklugen Sprüchen hat die Belegschaft das jedenfalls nicht geschafft...

Soll der OB uns doch einmal erklären, was



**Wir erwarten
von Politikern keine
Wunder - aber auch kei-
ne neunmalklugen
Sprüche**

Betriebsrat und IG Metall die Verantwortung für die Verlagerung von Teilen der Produktion in einen Niedriglohnstandort zu geben.

Hat Hans-Jürgen Fip eigentlich realisiert, wie schwierig es 2004 war, die Geschäftsführung unter Dr. Lieberoth-Leden von ihrer abenteuerlichen Konzeption eines Planungsbetriebsmittelbaus bei weitestgehender Liquidierung der Produktion an der Neulandstraße abzubringen?

Im Übrigen müsste der OB als Unternehmer wissen, dass ein Betriebsrat bei unternehmerischen Entscheidungen wie Verlagerung kein Mitbestimmungsrecht hat. Gerade H.J. Fip beschwört immer wieder die Ohnmacht von Politik in Wirtschaftsfragen (wasso absolut, wie von ihm immer dargestellt, auch nicht stimmt) - aber Betriebsräte und

er denn **damit** meint: Beide Seiten sähen „zu sehr die Aspekte aus ihrer Interessenlage“? Wir sind uns ja nicht einmal sicher, ob die Geschäftsführung unter Dr. Lieberoth-Leden mit radikaler Verlagerungspolitik wirklich die Interessenlage des Karmann-Kapitals trifft. Soll da der Betriebsrat diese zweifelhafte und vom OB sehr oberflächlich eingeschätzte Interessenlage durch ein Abrücken von den Belegschaftsinteressen noch stützen?

Wir vermuten:

Der Oberbürgermeister glaubt, Arbeitsplätze in Osnabrück ließen sich dadurch retten, dass die Mitarbeiter 40 oder sogar 45 statt heute 35 Stunden arbeiten...

Heilige Einfalt!!!

Der Betriebsrat hat Hans-Jürgen Fip zur Abteilungsversammlung Verdeck-Center eingeladen. Diese Einladung bleibt bestehen. Dem OB kann allerdings nicht versprochen werden, dass er vor unangenehmen Fragen aus Interessenvertretung und Belegschaft verschont bleibt ...